

Jüdisches Viertel - Ausgrabungen vor dem Historischen Rathaus

Archäologische Zone und Jüdisches Museum

Ein einzigartiges Vorhaben

Der Kölner Rat gab am 14. Juli 2011 grünes Licht für die Archäologische Zone und das jüdische Museum. SPD, GRÜNE und FDP stimmten für die Umsetzung des Vorhabens auf Grundlage der Entwurfsplanung. Die CDU stimmte dagegen.

Durch diesen Ratsbeschluss wird der Finanzierungsanteil der Stadt Köln von 12 auf ca. 37 Mio. Euro erhöht. Das Land NRW wird das Projekt mit 14,3 Mio. Euro aus Städtebauförderungsmitteln unterstützen. Damit ist die Realisierung dieses einzigartigen und international beachteten Projekts einschließlich des jüdischen Museums gesichert. 2008 gewannen die Architekten Wandel Hoefler Lorch und Hirsch aus Saarbrücken den internationalen Architektenwettbewerb.

Vor dem Rathaus entsteht somit ein ca. 10.000 qm großes Ausstellungsareal über 2000 Jahre Kölner Geschichte, darunter die Reste des römischen Statthalterpalastes und die älteste Synagoge nördlich der Alpen. Seit 2007 erfolgen die Grabungsarbeiten. Die Ergebnisse untermauern die Bedeutung Kölns als römische Stadt. Im Mittelalter war Köln die größte Stadt nördlich der Alpen. Im Frühmittelalter

rangierte Köln vor London und Paris. Eine jüdische Gemeinde in Köln ist bereits in der Antike erwähnt. Die archäologische Zone wird einen bislang nicht bekannten Einblick in die jüdische Geschichte bieten. Der renommierte New Yorker Archäologe Samuel Gruber erklärte jüngst zur Bedeutung der Ausgrabungen: „Im Kontext der Archäologie ist es die wichtigste und größte Ausgrabung in Europa für die jüdische Geschichte. Es handelt sich um ein geradezu sensationelles Projekt, um das Köln von vielen Städten beneidet wird.“

Ziel des Vorhabens ist es, „die Geschichte von Ort und Region darzustellen, Kontinuität und Brüche zu veranschaulichen, den Menschen der Vergangenheit ein Gesicht zu verleihen und den Ort entsprechend prominent zu gestalten. Diesen Ort für die Bewohnerschaft der Stadt und der Region sowie Touristen aus aller Welt zu erschließen, ist das vorrangige Anliegen. Alle Angebote und Erläuterungen werden deshalb mehrsprachig bzw. international ausgelegt. Sie ist damit eindeutig als archäologisch-historisches Museum zu betrachten, das die anderen Museen der Stadt ergänzt.“ (aus der Konzeption).

Das Museum gliedert sich in vier Haupt-

themen und ihre räumliche und zeitliche Wechselbeziehung: Römischer Statthalterpalast und fränkischer Königssitz, mittelalterliches Rathaus, jüdisches Quartier und spätere jüdische Geschichte, mittelalterliches und neuzeitliches Stadtquartier. Für alle Epochen soll die Lebenswirklichkeit der Menschen dargestellt werden: Architektur, Wohnen, Bildung, Spiel, Kunst, Handel und Handwerk. Einzelne Personen, deren Biographie aus den Quellen und Funden rekonstruiert werden kann, sollen „zum Leben erweckt werden“. Die spezifische Rolle der Frau wird in allen Bereichen thematisiert.

Ein besonderer Schwerpunkt soll die jüdische Geschichte als integraler Bestandteil der Kölner Stadtgeschichte bilden. Im unterirdischen Teil der Ausstellung soll die Darstellung der frühesten Geschichte des Judentums in Köln beginnen, die urkundlich belegt bis in das Jahr 321 zurückreicht. Über eines sind sich Archäologen und Historiker einig: Es ist ein Ort, der seinesgleichen sucht. Es ist ein Ort, der es wert ist, entwickelt zu werden. Daher ist der Stadtrat gut beraten, trotz aller Schwierigkeiten dieses Projekt zu vollenden.

Brigitta von Bülow

Bürgerbefragung über den Godorfer Hafenausbau Gewonnen und doch verloren!



Köln hat seine erste Bürgerbefragung erlebt. Kölns Einwohnerinnen und Einwohner waren am 10. Juli aufgerufen, darüber zu entscheiden, ob der Godorfer Hafen ausgebaut und damit das Naturschutzgebiet Sürther Aue zerstört werden soll oder nicht. Seit 25 Jahren wird darüber nicht nur im Stadtrat gestritten. Die Befragung war die Chance für die Bürger und Bürgerinnen, selbst zu entscheiden.

Signal

Die demokratischen Ratsfraktionen hatten vereinbart, den Ausbau zu verwerfen, wenn mindestens 10% der Abstimmungsberechtigten mit Nein stimmen. Bei Verfehlen des Quorums bzw. einer mindestens 10%-Ja-Mehrheit wird ausgebaut. 72.787 stimmten gegen den Ausbau und nur 57.307 dafür. Somit hat eine Mehrheit ein deutliches politisches Signal gesetzt. Da aber das Quorum um 15.114 Stimmen verfehlt wurde, haben die Gegner verloren.

Keine Legitimation

Trotzdem müsste dieses Ergebnis der Befürworterfront von SPD, CDU, IHK, DGB und HGK AG zu denken geben. 2009 erreichten SPD und CDU bei der Kommunalwahl zusammen 207.486 Stimmen. Jetzt gelang es ihnen nur 27% ihrer Wählerschaft für ein Ja zu mobilisieren. Das ist für sie nicht nur bitter, vielmehr wird offensichtlich, dass SPD und CDU für den Ausbau ihre demokratische Legitimation verloren haben.

David gegen Goliath

Dabei hatte die Befürworterfront eine massive mediale Kampagne betrieben, u. a. mit Beilagen in den großen Tageszeitungen. Vor allem die HGK AG finanzierte und betrieb eine teure Kampagne und glich damit die Finanzschwäche von SPD und DGB aus. Die Befürwortenden setzten einschließlich IHK ca. 300.000 Euro ein; die Hafengegner verfügten nicht einmal über 10% einer solch prallen „Kriegskasse“. Dabei war nicht bloß verwerflich, dass die IHK als Zwangskörperschaft mit 50.000 Euro eingriff. Die so massive öffentliche Parteinahme eines kommunalen Unternehmens wie die HGK AG in eine Bürgerbefragung war eine unzulässige Manipulation in einem demokratischen Wettstreit.

Belege fehlen

Der Schlagabtausch über das Für und Wider dieses Infrastrukturprojekts und die Logistikentwicklung ist komplex. Die Befürworter schürten Angst mit dem angeblichen Verlust von Arbeitsplätzen und

140.000 LKW-Fahrten pro Jahr durch Köln. Das „Arbeitsplatz-Argument“ zog nicht. Denn die Ausbau-Gegner befürworteten auch mehr Kapazitäten für Container-Umschlag – nur nicht im Godorfer, sondern im Niehler Hafen. Die Befürwortenden bleiben bis heute jeden Beleg schuldig, das die LKW-Flut durch den Hafenausbau reduziert würde. Ein Großteil ist Transitverkehr und steuert nicht die Häfen an. Fakt ist, dass es keine aktuelle empirische Untersuchung über die Logistikströme gibt. Diese Daten soll u. a. das regionale Logistikkonzept liefern, dessen Fertigstellung Ende 2012 aber die Ausbaubefürwortenden nicht abwarten wollen.

In Eile

Nun haben es SPD und CDU sehr eilig. Bereits am 13.10. soll der Rat über die Aufstellung eines Bebauungsplans zum Hafenausbau entscheiden. OB Roters legte zehn Tage nach der Abstimmung eine Beschlussvorlage vor. Trotzdem wird der Kampf der Ausbauegner weiter gehen.

Mehr Teilhabe

Unverantwortlich ist, dass OB Roters (SPD), CDU-Fraktionschef Granitzka und SPD-Parteichef Ott aus der mangelnden Zustimmung für den Ausbau nun den Schluss ziehen, dass Bürgerbeteiligungen kein geeignetes Instrument demokratischer Entscheidungsfindung wären. Dies ist nur aus der Schwäche von CDU und SPD erklärbar, die sich offenbar zukünftig bürgerschaftlichen Beteiligungsverfahren entziehen wollen.

Diskussionswürdig ist vielmehr, ob diejenigen, die sich nicht beteiligen, den Ausgang einer Bürgerbeteiligung entscheiden sollen. 2009 waren 764.876 Menschen für die Oberbürgermeisterwahl berechtigt. 49% beteiligten sich. 202.237 davon wählten Roters – also 26% aller Wahlberechtigten. Wird deshalb seine demokratische Legitimation angezweifelt? Natürlich nicht. Demokratie lebt von der Teilhabe. Für diese Teilhabe zu werben, ist die wichtigste Pflicht aller Demokraten.

Jörg Frank

Ergebnis der Einwohnerbefragung

Teilnahmeberechtigte: 880.937
Teilnehmende: 130.400 (14,8%)
Urteilnehmende: 76.355 (58,6%)
Briefteilnehmende: 54.045 (41,4%)
ungültige Antworten: 306 (0,2%)
gültige Antworten: 130.094 (99,8%)
davon Ja - Antworten: 57.307 (44,1%)
Nein - Antworten: 72.787 (55,9%)
Quorum: 87.901
 Laut statistischem Amt waren ca. 100.000 teilnahmeberechtigte „sonstige Ausländer“, die im Unterschied zur Kommunalwahl aufgrund des Ratsbeschlusses vom 1.3.2011 abstimmungsberechtigt waren. Das Quorum wurde damit um ca. 10.000 Stimmen gegenüber einem 10%-Quorum auf Basis der Wahlberechtigten zur Kommunalwahl angehoben. Bei der Kommunalwahl 2009 waren 765.000 Kölnerinnen und Kölner (ab 16 Jahre) wahlberechtigt.

Einwohnerbefragung Ergebnisse nach Stadtbezirken				Absolute Stimmzahl		
Stadtbezirk	Beteiligung (%)	JA (%)	NEIN (%)	Gültige	JA	NEIN
Chorweiler	11,00	64,23	35,77	7305	4692	2613
Ehrenfeld	12,80	40,99	59,01	11375	4663	6712
Innenstadt	15,60	37,81	62,19	17855	6751	11104
Kalk	9,90	50,64	49,36	9206	4662	4544
Lindenthal	16,90	45,49	54,51	20365	9265	11100
Mülheim	11,40	51,30	48,70	13896	7129	6767
Nippes	16,20	53,67	46,33	15610	8378	7232
Porz	13,50	46,06	53,94	12252	5643	6609
Rodenkirchen	25,80	27,55	72,45	22230	6124	16106

Rheinische Musikschule

Eine Schule hat Zukunft, wenn sie zukunftsfähig ist

Die Rheinische Musikschule (RMS) ist eine städtische Bildungseinrichtung. Sie ist eine kompetente und wichtige Partnerin in Sachen Musik, die gerade jetzt die große Chance hat, sich in die sich verändernde Schullandschaft einzubringen und weiter zu vernetzen. **Bärbel Hölzing, sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Schule und Weiterbildung, skizziert Vorschläge für die Zukunftsfähigkeit der RMS.**

Öffnung

Der brandaktuelle Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan zeigt deutlich die Tendenzen auf: Schulen sollen sich öffnen und sich mit externen Anbietenden im Bereich von Sport- und Kultur verzahnen. Sie sollen sich als Orte der Bildung neu definieren. Das bietet für die Rheinische Musikschule Möglichkeiten, sich stärker konzeptionell einzubringen, als es bisher erfolgt. Aber diese Chance scheint noch nicht wirklich erkannt worden zu sein. Wenn Köln nicht von zukunftsweisenden Entwicklungen abgekoppelt werden möchte, dann muss hier der Kurs vorsichtig korrigiert werden.

Jeki + Jekiss

Interessante Beispiele gibt es genug: Im Ruhrgebiet hat sich das Projekt Jeki („Jedem Kind ein Instrument“) einen Namen gemacht. Neben einem einjährigen kostenfreien Musikunterricht, bei dem die Kinder im ersten Schuljahr an

der Grundschule verschiedene Instrumente kennen lernen, schließt sich Instrumentalgruppenunterricht zu günstigen Konditionen im zweiten Jahr an. Ein weiteres Projekt aus den Musikschulen Münster und Neuss ist Jekiss („Jedem Kind seine Stimme“). Wie der Name schon sagt, wird hier der Schwerpunkt auf das Singen gelegt. Die Finanzierung der Jeki bzw. Jekiss-Projekte erfolgte maßgeblich durch Landesmittel. Aber es gibt auch Beispiele, wo Jeki-ähnliche Angebote durchgeführt werden, die nicht vom Land unterstützt werden. Dort sind Bürgerstiftungen oder auch Fördervereine von Grundschulen und Musikschulen aktiv und haben solche Projekte unterstützt, weil sie diese interessant und zukunftsfähig fanden.

Chancengleichheit

Es sollten mehr Kinder, auch aus bildungsarmen Schichten, an einem kommunal unterstützten Musikangebot teilnehmen können und so an die Musik herangeführt werden, damit auch sie die Chance haben, ihr kreatives Potential zu entdecken und zu entwickeln. Daher sollte die Rheinische Musikschule in ausgewählten Projekten einerseits mit der Offenen Ganztagschule (OGS) an Grundschulen und mit Sek-1-Schulen im gebundenen und auch im offenen Ganztage zusammenarbeiten, andererseits aber auch Projekte entwickeln, die mit dem Musikunterricht in der Studentafel des Regelunterrichts verknüpft sind, denn dort können alle Kinder erreicht werden.

wohnnah

Das heißt nicht, dass die RMS ihren instrumental Gruppen- bzw. auch Einzelunterricht aufgeben soll. Dieser sollte aber verstärkt dezentral angeboten werden. Durch eine stärkere Vernetzung mit den genannten oder ähnliche Projekten an Grundschulen mit anschließendem Instrumentalunterricht an den kooperierenden Grundschulen brächte die Rheinische Musikschule ihr Angebot für die Kinder und Familien wohnnah an die Grundschulen der einzelnen Stadtbezirke. Kurze Wege für kurze Beine.

Standortfrage

Wenn mehr Räumlichkeiten in Schulen genutzt werden, eröffnen sich auch ganz andere Aspekte für einen neuen Standort der RMS. Die jetzige Raumsituation ist unbefriedigend und verlangt nach Lösungen. Das steht auch im rot-grünen Koalitionsvertrag. Die Koalitionspartner sollten ergebnisoffen für Lösungen sein, die im Rahmen der geschilderten Projekte der vorhandenen Raumnot Abhilfe schaffen. Das anvisierte Gebäude des früheren Rautenstrauch-Joest-Museum (RJM) ist allerdings stark sanierungsbedürftig und in seinem jetzigen Zustand so nicht nutzbar. Außerdem sollte die Hauptaufgabe für eine städtisch finanzierte RMS ganz klar ein Musikunterrichtsangebot sein, das über den traditionellen instrumental Einzel- und Gruppenunterricht hinaus auch flexibel auf die Veränderung in der Schullandschaft reagieren kann. Öffentliches Klassenvorspielen, Konzerte und Aufführungen runden das Angebot ab, bilden aber nicht den Schwerpunkt der Arbeit. Mit einem Umzug in das RJM-Gebäude am Ubierring würde aber nun darauf der Akzent gesetzt werden. Ein durch städtische Mittel subventionierter Auf- und Ausbau einer Sparte Tanz und Konzertwesen bei der RMS im alten RJM-Gebäude könnte einerseits in Konkurrenz mit bestehenden Kulturangeboten treten, andererseits aber auch dazu führen, dass Subventionen für den Musikunterricht dann in Kulturangebote umgeschichtet werden müssen. Ist das gewollt?

Fazit

Musikalische Bildung lohnt sich besonders im sozialen Bereich. Die Rheinische Musikschule soll sich daher in der skizzierten Art und Weise breiter aufstellen und zugleich Bereiche wie Erwachsenenbildung und die Spitzenförderung weiter unterstützen.



Foto: Oliver Mostert

Für das alte RJM-Gebäude am Ubierring liegt der Sanierungsbedarf bei 17 Mio. Euro ohne nutzungsspezifische Um- und Einbauten. Leitung und Förderverein favorisieren seit einigen Jahren den Umzug der Rheinischen Musikschule (RMS) in dieses Gebäude, das sie ggf. mit Partnern bespielen möchten. Die Investition in Sanierung und Umbau führt zwangsläufig zu hohen Folgekosten für die spätere Nutzung. Die RMS wird als städtische Einrichtung jährlich mit ca. 3,3 Mio Euro aus dem Stadthaushalt bezuschusst.

Bürgerschaftliche Netzwerke in Köln (X)

Jugendzentrum anyway

„Rathaus Ratlos“ setzt seine Serie über bürgerschaftliche Netzwerke und Initiativen fort, die bürgerschaftliches Engagement in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen umfassen – auch in der Kultur. Bürgerinitiativen, Vereine und Selbsthilfeprojekte berichten über ihre Arbeit, ihre Entstehung, ihre Erfahrungen und ihre Zukunftspläne in „Rathaus Ratlos“. In dieser Ausgabe: Jugendzentrum anyway.

Gründung

Das Jugendzentrum „anyway. jung. lesbisch. schwul. bi“ ist ein Jugendtreff für schwule, lesbische, und bisexuelle Jugendliche mitten im Herzen von Köln, in der Nähe des Friesenplatzes. Träger ist das Sozialwerk für Lesben und Schwule e.V.. Das anyway wird zu 85% aus Mitteln der Stadt Köln und des Landes NRW getragen und wurde 1998 gegründet, - damals als das erste seiner Art in Europa.

Angebote

Das anyway erreicht jährlich ca. 1.400 Jugendliche im Alter von 14 – 25. Dabei liegt das Durchschnittsalter bei 19,7 Jahren. Die Besuchenden finden aus ganz unterschiedlichen Gründen den Weg ins anyway: Das Jugendzentrum bietet neben Freizeitangeboten wie Billard, Filmabenden, Kochangeboten und Ausflügen auch Beratung zu den verschiedensten Themen, wie zum Beispiel „Coming Out“, aber auch zu Schul- oder Ausbildungsproblemen oder einfach zu alltäglichen Sorgen und Problemen Jugendlicher an.

Beratung

Vier hauptamtliche Mitarbeitende kümmern sich um diese pädagogischen Belange und stehen mit Rat und Tat bei Problemen zur Seite. Darüber hinaus berät auch ein ehrenamtliches Team

von jungen Erwachsenen, das „anyway4U-Team“. Angeleitet von Thomas Haas, dem Leiter des anyway, werden eMail-Anfragen von Jugendlichen anonym sehr ernst genommen und sorgfältig beantwortet. Überhaupt ist die ehrenamtliche Tätigkeit der jugendlichen Besuchende ein wichtiger Stützpfiler der Jugendarbeit des Hauses, denn so haben sie die Möglichkeit, aktiv ihren Freizeitraum zu gestalten und sich in einem geschützten Rahmen weiterzuentwickeln. Zudem erwirtschaften die ca. 50 ehrenamtlichen Jugendlichen wichtige Eigenmittel, die für den Erhalt des Jugendzentrums notwendig sind. Dabei gibt es natürlich nicht nur das Beratungsangebot „von Jugendlichen für Jugendliche“, sondern auch ein eigenständiges Team, das die Gastronomie, also den Thekenbetrieb, verantwortet sowie das Schulaufklärungsprojekt SchLAU oder die Fußballmannschaft „Hot Shots“, die dem anyway zugehörig sind.

Veranstaltungen

Mit all diesen jungen Menschen ist natürlich „viel Leben im Haus“ und so dürfen auch (Party-) Veranstaltungen nicht fehlen. Es gibt Live-Musikveranstaltungen und eine monatlich stattfindende Clubparty [weekender.], die auch von Jugendlichen mitorganisiert und durchgeführt wird. Darüber hinaus finden regelmäßig Lesungen oder Theaterprojekte, wie zuletzt das mit dem Sommerblut Kulturfestival sehr erfolgreich durchgeführte Projekt „Out Trips“, statt. Nicht zu vergessen natürlich die jährlichen Großereignisse, wie der Come Together Cup und der CSD, den das anyway gerade sehr erfolgreich hinter sich gebracht hat: In diesem Jahr wurde das anyway als beste Fußgruppe prämiert, da das diesjährige Motto „Liebe ist...“ am besten von der

Gruppe umgesetzt wurde. Das Einzugsgebiet des anyway ist sehr groß und so kommt es, dass sich im Haus Besuchende wiederfinden, die bis zu zwei Stunden Fahrt auf sich genommen haben, um ihre Freizeit dort zu verbringen. Ca. 40% der Besuchenden kommen nicht aus Köln. Ein Grund für diese Präsenz über Köln hinaus ist sicherlich auch die website www.anyway-koeln.de, die am CSD-Wochenende ihren Relaunch hatte und nun über alle wichtigen Themenbereiche informiert.

Ansprechpartner/ -partnerinnen

Neben den Ehrenamtlichen arbeiten auch vier hauptamtliche Kräfte. Da die Arbeitsbereiche im Haus so vielfältig sind wie seine Besucherschaft, gibt es neben der pädagogischen und beratenden Arbeit unterschiedliche Verantwortungsbereiche und Ansprechpartner/-partnerinnen:

Thomas Haas: Leitung, Verwaltung, Fundraising, Projektarbeit, Raumvermietung

Mail: thomas.haas@anyway-koeln.de
Tel.: 0221.577776.11

Jürgen Piger: Youthworker, Sexualpädagogie, Beratung, Coming In Day, Jungsarbeit, JuPo

Mail: jürgen.piger@anyway-koeln.de
Tel.: 0221.577776.66

Tanja Ney: Mädchenarbeit, Veranstaltungsplanung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Medienarbeit, Kulturprojekte

Mail: tanja.ney@anyway-koeln.de
Tel.: 0221.577776.22

Nicole Sperrmann: Mädchenarbeit, Musikarbeit, Projektarbeit

Mail: nicole.sperrmann@anyway-koeln.de
Tel.: 0221.577776.44

Öffnungszeiten:

Regulär von Di – Fr sowie am Wochenende auch zu Sonderveranstaltungen:

Di: 17- 22h | für alle

Mi: 17-22h | nur für Mädels

Do: 17-22h | nur für Jungs

Fr: 17-23h | für alle

Am dritten Freitag im Monat gibt es übrigens immer den „Coming In Day“ von 18 – 19.30 für neue Besuchende; jeden letzten Freitag [ab September] findet die weekender Party ab 19h statt.

Kontakt:

Jugendzentrum anyway, Kamekestr. 14, 50672 Köln

U-Bahn-Haltestelle: Friesenplatz

Tel.: 0221.577776.0;

Fax: 0221.577776.99

Email: info@anyway-koeln.de

www.anyway-koeln.de



Das anyway-Team

Rheinboulevard

Kostenwelle

Mit dem Regionale-Projekt „Rheinboulevard“ wird ein ambitioniertes Ziel verfolgt. Zwischen der Deutzer und der Hohenzollernbrücke soll eine imposante Freitreppe von 450 Meter Länge entstehen, die zum Verweilen einlädt und das Deutzer Rheinufer aufwertet. Der Rat hat 2007 für den Rheinboulevard ein landschaftsplanerischen Wettbewerb ausgelobt. Das Berliner Architekturbüro Planorama gewann den Wettbewerb mit Freitreppe, schloss die Planung im Oktober 2010 ab und die Ausschreibungen hätten beginnen können.

Archäologie

Aber nicht in Köln. Denn wer in Köln buddelt, stößt auf archäologische Funde. Beim Bau des Hochwasserschutzes 2010 wurden außergewöhnliche Überreste der 1700-jährigen Geschichte von der Römerzeit bis zur industriellen Neuzeit gefunden, die Dr. Marcus Trier, kommissarischer Leiter des Römisch-Germanische Museum, so kommentierte: „Hier in Deutz ist der Nucleus der Entwicklung des römischen Köln“. Diese Funde sollen nun in den „Rheinboulevard“ integriert werden. Dies unterstützt die grüne Ratsfraktion.

Kostenexplosion

Nach ersten Sondierungen wurden die Ausgrabungen provisorisch abgedeckt, um sie beim Ausbau der Hochwasserschutzwand (HWS-Wand) zu schützen. Mittlerweile ist ihr Bau abgeschlossen. Auch die Planungen für Treppe und Boulevard waren ausschreibungsreif abgeschlossen. Im Mai 2011 hätten die Baumaßnahmen starten können. Doch bis heute wartet der einsame Preußische Kürassier auf seinem Sockel vergebens. Stattdessen steht eine gewaltige Kostensteigerung um ca. 4,21 Mio. EUR ins Haus.

Ursache

Nach intensiver Sondierung des Baufelds auf Kampfmittel aus dem 2. Weltkrieg wurden entgegen dem Bodengutachten unterhalb der festgestellten Basaltschichten noch wesentliche unerwähnte Hindernisse ermittelt. Die Entfernung von Blindgängern konnte nicht durchgeführt werden. Somit muss nun für die Freitreppe ein neues aufwendigeres Fundament mit Mehrkosten und Verzögerungen von mindestens zwei Jahren erfolgen. Da das Bodengutachten Grundlage der Ausschreibungen war, sind auch diese Ergebnisse hierfür nicht brauchbar. Die für die Bodenuntersuchung verantwortliche Ingenieur-

firma soll in Regress genommen werden. Die GRÜNEN unterstützen dies nachdrücklich.

Was nun?

Die Verwaltung hat daraufhin verschiedene neue Varianten erarbeitet, über die der Rat am 14. 7. 2011 entscheiden sollte. Bei einem Verzicht auf die Treppe wären rund 10,4 Mio. EUR Planungskosten verloren gegangen. Diese Möglichkeit wurde von den GRÜNEN verworfen. Sie wäre auch der Bevölkerung kaum vermittelbar gewesen. Eine Erhöhung der bereits zugesagten Landesförderung von 14,3 Mio. EUR ist unrealistisch. Somit hätten nur verschiedene Varianten für die Kürzung der Treppe zu Einsparungen geführt.

Kompromiss

Schließlich verständigten sich SPD, GRÜNE, CDU und FDP am 14.7. auf folgenden gemeinsam getragenen Auftrag an die Verwaltung, wodurch sich die Kosten um 4,769 Mio. EUR erhöhen und nun bei insgesamt 22,85 Mio. EUR liegen.

- Beibehaltung der 450 Meter langen Ufertreppe und des dahinterliegenden Boulevards
- Teilumplanung der Ufertreppengründung bei Mehrkosten von 4,21 Mio. EUR sowie 0,54 Mio. EUR für den Schutz der archäologischen Funde
- Bauliche Integration der archäologischen Funde innerhalb des aktuellen Planungsbereichs Rheinboulevard inklusive der Sanierungs- und Restaurierungsmaßnahmen der sichtbaren Elemente im Kernbereich (Kosten 2,1 Mio. EUR)
- Fortsetzung der Analyse der historischen Funde vorbehaltlich einer Förderung durch Land/Bund
- Beteiligung der Öffentlichkeit
- Verzicht auf die Erkundung und Realisierung des Historischen Parks im erweiterten Planungsbereich wegen der angespannten Finanzlage der Stadt.

Bleibt zu hoffen, dass der Deutzer Kürassier und die Bevölkerung keine weitere Kostenwelle, sondern bald einen belebten Rheinboulevard und einen würdigen historischen Park Deutz erleben können. *kk*

Orden für GRÜNE

Gleich zwei langjährig aktive grüne Kommunalpolitiker wurden mit Orden bedacht. Die GRÜNE Ratsfraktion gratuliert ihnen herzlich.



Am 28. Juni erhielt Ossi Helling, grünes Ratsmitglied der ersten Stunde, das Bundesverdienstkreuz am Bande von Oberbürgermeister Roters im Auftrag des Bundespräsidenten überreicht. Seit 27 Jahren engagiert er sich im Kölner Rat. Helling hat sich hierbei besondere Verdienste als Sozialpolitiker erworben. Die Entstehung des Kölner Fördersystems, der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen sowie die Entwicklung des Kölner Netzwerks Bürgerengagement und Hilfsangebote für Drogenkonsumenten, die sie vor Ausgrenzung schützen, sind markante Vorhaben, die er mit auf den Weg gebracht hat. Nicht zuletzt die Einführung, Verteidigung und Weiterentwicklung des Köln-Pass, der sozial schwachen Menschen durch Vergünstigungen eine bessere Teilhabe im Alltag ermöglicht, hat Ossi Helling mit Leidenschaft vorangetrieben.



Angela Spizig, seit 2000 Kölner Bürgermeisterin, wurde vom französischen Minister für Kunst und Kommunikation zum „Officier dans l'ordre des Arts et des Lettres“ für besondere Verdienste im Bereich Kunst und Literatur ernannt. Am 18. Juli wurde ihr die Auszeichnung, die nur sehr sparsam vergeben wird, vom französischen Botschafter Maurice Gourdault-Montagne im Rahmen eines offiziellen Empfangs des Oberbürgermeisters überreicht. Mit der Auszeichnung wurde ihr Einsatz für Projekte, die dem Austausch der europäischen und internationalen Kulturen dienen, und ihr besonderes Engagement für den deutsch-französischen Kulturaustausch gewürdigt.

Kurz & bündig

Fotos: RR Archiv

Kulturförderabgabe



Foto: Oliver Mosbert

Die Klage der Hotel-Lobbyisten gegen die Einführung einer Kulturförderabgabe hat das Verwaltungsgericht Köln abgewiesen. Damit wird die Position der Kommunen insgesamt gestärkt, auf Basis des Grundgesetzes Aufwandssteuern erheben zu dürfen. In einer Zeit großer Haushaltsnot sind Städte wie Köln dazu gezwungen, als Teil ihrer Haushaltskonsolidierungsstrategie auch die Einnahmenseite nicht zu vernachlässigen, sondern zu stärken. Nun wird die Stadt Köln ab Oktober die Abgabe vereinnahmen. Der Rat hatte die Abgabe am 23.03.2010 beschlossen und besteuert seit dem 1.10.2010 Übernachtungen in Hotels, Gasthöfen, Pensionen, Privatzimmern, Jugendherbergen, Ferienwohnungen,

Motels sowie auf Campingplätzen und Schiffen. Der Abgabensatz beträgt 5 % Prozent des Übernachtungspreises. Allen Unkenrufen zum Trotz haben sich die Übernachtungszahlen in Köln positiv entwickelt. Sie stiegen von Januar bis Mai 2011 um 15,1 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 15,1 Prozent. Allein im Monat Mai übernachteten 20,8 % mehr Gäste.

SPD und Grüne hatten die Einführung der „Kulturförderabgabe“ als neue örtliche Aufwandssteuer initiiert. Das Grundgesetz (Art. 105) räumt den Kommunen dieses Recht ausdrücklich ein. Die Einnahmen sollen zielgerichtet für kulturelle Bildung, Integration, interkulturelle Förderung, Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie für den Zugang sozial benachteiligter Schichten zu Bildung und Kultur verwendet werden. Im Haushalt 2011 sind 7 Mio. Euro Einnahmen aus Kulturförderabgabe eingeplant und werden u. a. eingesetzt für die Akademie der Künste der Welt, mehr qualitative Angebote im offenen Ganztag, interkulturelle und Integrationsprojekte, das Stadtklima- und -verschönerungsprogramm, Städtepartnerschaften und die Angebotserweiterung der Stadtteilbibliotheken. *jf*

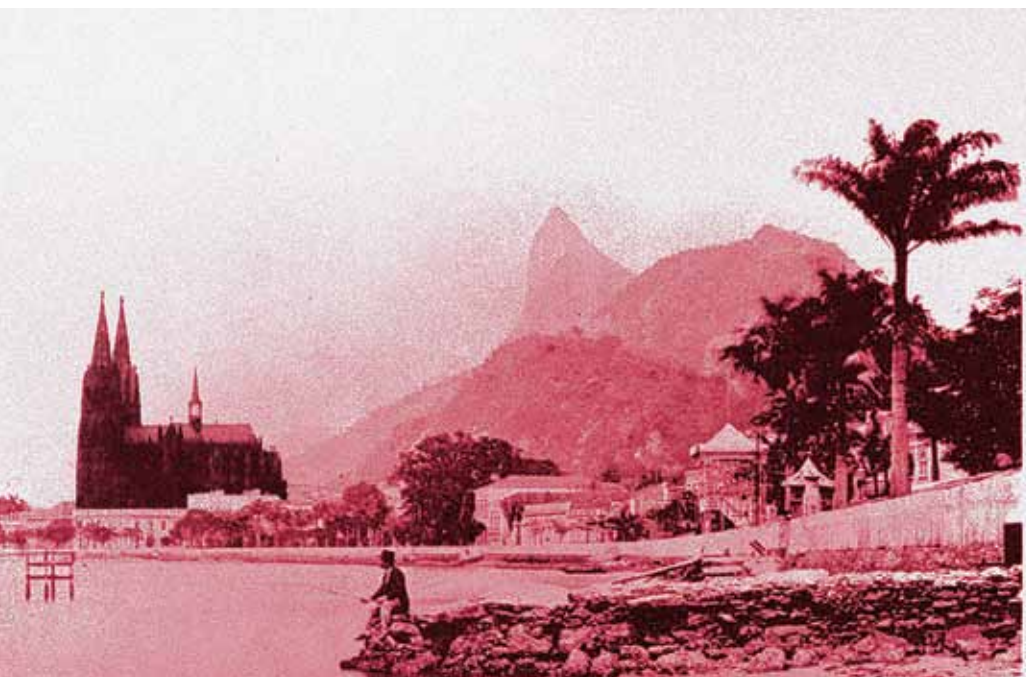
Umweltzone



Foto: GTÜ / pixelio.de

Die Bezirksregierung Köln hat nun ihre Planung zur räumlichen Ausweitung der Kölner Umweltzone veröffentlicht: Ab 1.4.2012 wird die Kölner Umweltzone ausgeweitet (Bild), ab 1.1.2013 gilt der Ausschluss der Fahrzeuge mit roter Plakette, ab 1.7.2014 der Ausschluss der Fahrzeuge mit gelber Plakette. Die GRÜNEN im Kölner Rat begrüßen diese Maßnahmen, auch wenn sie verspätet kommen. Die schlechten Luftverhältnisse betreffen nämlich nicht nur die Innenstadt, sondern auch Stadtteile wie Ehrenfeld oder Weiden. Es ist daher folgerichtig, diese Stadtbereiche einzubeziehen.

„In Köln treten derzeit an vielen Stellen des Stadtgebiets erhebliche Überschreitungen der zulässigen Stickoxidwerte auf. Die Gehalte des besonders gesundheitsschädlichen Feinstaubs lagen zuletzt zwar überwiegend knapp unter den Grenzwerten, sind aber dennoch zu hoch, um dauerhaft toleriert werden zu können. Deshalb haben die Grünen bereits seit Inkrafttreten des derzeit gültigen Luftreinhalteplans im Jahre 2006 gefordert, dass über die dort festgeschriebenen Maßnahmen hinaus zusätzliche Aktivitäten zur Verbesserung der Luftqualität ergriffen werden.“, erklärte



Köln - Rio

Köln und Rio de Janeiro sollen Städtepartner werden. Der Rat billigte am 14.7. mit breiter Mehrheit die Gründung dieser neuen Partnerschaft. Am 18.9. reist eine Kölner Delegation unter Leitung von Oberbürgermeister Jürgen Roters zur Vertragsunterzeichnung nach Rio. Bislang unterhalten neun deutsche Städte Partnerschaften zu brasilianischen Städten. Allerdings ragt diese neue Partnerschaft Kölns zur 6-Millionen-Metropole Rio von der Bedeutung deutlich heraus. Neben den sich nahezu aufdrängenden Feldern Wirtschaftsförderung, Karneval und Sport sollten Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Städtebau und Kultur bei der zukünftigen Zusammenarbeit eine wichtige Rolle spielen. Rios Stadtverwaltung hat anlässlich der bevorstehenden Großereignisse Fußball-WM 2014 und Olympia 2016 das Ziel einer Ressourcen schonenden Organisation ausgegeben. Genug Anknüpfungspunkte für eine Gewinn bringende Partnerschaft. *jf*



Matthias Welpmann, umweltpolitischer Sprecher der Ratsgrünen anlässlich der Ausweitung der Umweltzone. *red*

Sommerschlussverkauf?



Foto: Oliver Mostert

Seit einigen Wochen geistert wieder durch die Presse: Der 1. FC Köln will Eigentümer des Stadions werden. FC-Geschäftsführer Klaus Horstmann soll einen Kaufpreis unter 70 Mio. Euro offeriert haben.

Zur WM 2006 wurde das Stadion für rund 120 Mio. Euro neu gebaut. Die Übernahme des RheinEnergieStadions durch den 1. FC Köln ist sicherlich kein Tabuthema, zumal das Stadion fast ausschließlich kommerziell genutzt wird. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass das Gemeinwohlinteresse gewährt und kommunales Vermögen nicht unter Wert abgegeben wird. Die Vorstellungen von Horstmann gehen eindeutig zulasten der Stadt. Der Wert des Stadions wird aktuell auf rund 100 Mio. € geschätzt.

Operativ schreibt das Stadion inzwischen schwarze Zahlen. Der FC zahlt die Erstliga-Pacht. Es finden jährliche mehrere Konzerte und Großevents statt. Die neuen Event- und Lounge-Bereiche Nord und Ost lassen sich für Tagungen, Firmenveranstaltungen und Partys gut vermarkten.

Auch Oberbürgermeister Roters hat sich nun zu Wort gemeldet und dem FC Entgegenkommen signalisiert. Laut „Express“ sei dies in Absprache mit dem grünen Koalitionspartner der SPD-Fraktion erfolgt. Die Grüne Ratsfraktion sendet andere Signale: Wir haben nichts zu verschenken! Es ist nicht Aufgabe der Stadt, die wirtschaftlichen Probleme eines Bundesligaklubs zulasten der Stadt-

finanzen zu kurieren.

Nicht zuletzt ist das RheinEnergieStadion fest im Sportpark Müngersdorf eingebettet, der intensiv durch Breiten- und Amateursport genutzt wird. Der muss weiter uneingeschränkt möglich bleiben. Daher ist eine Privatisierung von Teilen des Sportparks indiskutabel. *et*

Leinen los!

Der Rat hat am 14. Juli grünes Licht gegeben: Die Akademie der Künste der Welt soll noch dieses Jahr gegründet, eine Geschäftsführung gesucht und eingestellt werden. Die erforderlichen Haushaltsmittel wurden freigegeben. Die Findungskommission, die die ersten Akademiemitglieder berufen soll, ist bereits aktiv. Nun besteht die Chance, dass die Akademie ein Projekt mit Strahlkraft weit über Köln hinaus wird.

Nachdem 2008 SPD und GRÜNE die Verwaltung mit einem Konzept für ein „Haus der Kulturen der Welt“ beauftragten, billigte der Rat am 30.6.2009 nach einem intensiven Diskurs das Konzept einer „Akademie der Künste der Welt in Köln“. Dies fand große öffentliche Anerkennung. SPD und GRÜNE sprachen von „einer der besten kulturpolitischen Entscheidungen der letzten Jahre für Köln“. Dann geriet 2010 der Prozess ins Stocken.

Die GRÜNEN führten im VHS-Forum eine öffentliche Diskussion mit dem Titel „Akademie der Künste der Welt – Quo vadis?“. Das Projekt nahm wieder Fahrt auf. Mit Jan Krauthäuser wurde ein Repräsentant der freien Kulturszene per Internet-Voting in die Findungskommission gewählt.

Für die GRÜNEN ist vorrangig, dass der weitere Prozess der Akademie-Gründung transparent bleibt und die Beteiligung der Kulturszene gewährleistet ist, damit die Akademie sich verankern kann. Das Projekt hat eine großartige Perspektive in einer Stadt, in der Menschen aus 180 Nationen leben. *bb*

FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE

Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat

Rathaus - Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel.: 0221 / 22125919 oder 22125920

E-Mail: gruene-fraktion@stadt-koeln.de

Öffnungszeiten: mo bis fr 9 – 12 Uhr;

mo,di, do 13 – 16 Uhr; mi 13 – 19 Uhr

Fraktionsvorstand: Vorsitzende: **Barbara Moritz**; 1. stellv. Vorsitzender u. Geschäftsführer: **Jörg Frank**; 2. stellv. Vorsitzende: **Bettina Tull**; Vorstandsmitglieder: **Brigitta von Bülow, Andreas Wolter und Bürgermeisterin Angela Spizig.**

Fraktionssitzung (Mittwochskreis):

In der Regel mittwochs um 19:00 Uhr im spanischen Bau des Rathauses, Saal A15a, Erdgeschoss.

BÜRGERMEISTERIN

Angela Spizig

Tel.: 0221 / 22126063, **Fax:** 0221 / 22126064

Mail: angela.spizig@stadt-koeln.de

Referent: Christoph Goormann

Mail: christoph.goormann@stadt-koeln.de

ARBEITSKREISE

Die Fraktionsarbeitskreise tagen in der Regel während der Sitzungszeit monatlich im Fraktionsbüro, Rathaus Spanischer Bau, Rathausplatz 1. Die aktuellen Termine erfahren Sie entweder telefonisch (22125919) oder per eMail (gruene-fraktion@stadt-koeln.de). Im folgenden die Übersicht der verantwortlichen Ratsmitglieder (Sprecher & Sprecherinnen) für die jeweiligen Politikbereiche:

Bauen:

Finanzen:

Frauen:

Gesundheit:

Jugendhilfe:

Kultur:

Lesbenpolitik:

Liegenschaften:

Rechnungsprüfung:

Schule & Bildung:

Schulenpolitik:

Soziales:

Sport:

Stadtentwicklung:

Stellenplan/Personal:

Umwelt:

Verkehr:

Verwaltung:

Wirtschaft:

Gerd Brust

Jörg Frank

Marion Lüttig

Stefan Peil

Kirsten Jahn

Brigitta von Bülow

Marion Lüttig

Manfred Richter

Manfred Waddey

Horst Thelen

Andreas Wolter

Ossi Helling

Elisabeth Thelen

Barbara Moritz

Brigitta von Bülow

Matthias Welpmann

Bettina Tull

Andreas Wolter

Jörg Frank

ABO?

Rathaus Ratlos KOSTENLOS!

Es gibt zwei Möglichkeiten:

1. E-Mail an gruene-fraktion@stadt-koeln.de
2. oder Postkarte an: GRÜNE im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Bitte geben Sie an, ob Sie per Post die Printausgabe oder eine PDF-Datei als E-Mail erhalten wollen.

Impressum

Herausgeberin/Verlegerin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel.: (0221) 22125919; **Fax:** (0221) 22124555

Mail: gruene-fraktion@stadt-koeln.de

Redaktion: Jörg Frank (ViSdP), Barbara Moritz

Autoren & Autorinnen dieser Ausgabe:

AutorInnen dieser Ausgabe: Brigitta von Bülow (bb), Jörg Frank (jf), Ignatz Igel (ii), Karsten Kretschmer (kk), Barbara Moritz (bm), Elisabeth Thelen (et)

Realisation: Einblick Verlag Köln, Tel. 0221 / 510 65 50,

Bezug: kostenlos

Erscheinungsweise: 10 mal jährlich
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14.07.2011

Die nächste Ausgabe erscheint am 13.10.2011

Rathaus Ratlos im Internet

www.gruenekoeln.de,

Technische Realisation: Regina Kobold

E-mail: regina.kobold@stadt-koeln.de



Foto: Kölnkongress

Musical und mehr

Der zukünftige Nutzer für das denkmalgeschützte „Staatenhaus am Rheinpark“ soll mittels einer öffentlichen Ausschreibung gefunden werden. Die Vergabe erfolgt in Erbpacht. Dies entschied der Rat am 14. Juli. Einer freihändiger Vergabe an die Mehr!Entertainment GmbH, die den Musicaldome am Breslauer Platz betreibt, wurde somit auf rot-grüne Initiative eine Absage erteilt. Dies beabsichtigte das Wirtschaftsdezernat. Auch sollen die drei Hallen 6, 7 und 8, die früher Bestandteil der historischen Messehallen waren, keineswegs nur für einen Musicalbetrieb genutzt werden.

Vielmehr sollen die im Zentrum befindliche Halle 8 als Musicaltheater und die Halle 7 für Backstage und Serviceeinrichtungen genutzt werden, während die Halle 6 als Mehrzweck-Veranstaltungsbereich mit ca. 5.000 qm Nutzfläche

bespielt werden soll. Nutzungskombinationen mit dem Theatersaal bzw. dem Open-Air-Gelände des Tanzbrunnens sind dadurch denkbar.

Eine Zusammenarbeit zwischen dem zukünftigen Betreiber und der Köln-Kongress GmbH, an der Stadt Köln und Koelnmesse beteiligt sind, wird angestrebt. So wurde ein Kompromiss erreicht, der sowohl das auch in touristischer Hinsicht für die Stadt wünschenswerte Unterhaltungsangebot eines Musicals befriedigen soll, als auch den vielfältigen Bedürfnissen nach einer zentral gelegenen Event-Location Rechnung trägt. Das Staatenhaus ist ein nachgefragter, attraktiver Veranstaltungsort – nicht nur für die Kreativwirtschaft. c/o pop, Medienforum NRW oder Radioday können somit weiterhin stattfinden. *jf*

Termine

Samstag, 10. September, 12 Uhr
Grüne Kreismitgliederversammlung
 Altenberger Hof
 Mauenheimer Str. 92, Köln-Nippes

Donnerstag, 13. Oktober, 10 Uhr
Ratssitzung I
 Einbringung des Haushaltsentwurfs
 2012, Rathaus, spanischer Bau

Donnerstag, 13. Oktober, 15.30 Uhr
Ratssitzung II
 Rathaus, spanischer Bau

Samstag, 15. Oktober, 10 Uhr
Grüne Zeiten – die Denkfabrik
www.gruene-denkfabrik.de
 WCC Bonn

Postvertriebsstück G 7006 Entgelt bezahlt

Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Ratsreporter Ignatz Igel



Aufgespießt

Das Protestcamp am Chlodwigplatz ist zum bevorzugten Feindbild für die Kölner CDU avanciert. Zuerst hatten die Protestierenden auf dem Rudolfplatz ihr Camp aufgeschlagen, mussten aber dann wegen eines „sizilianischen Fischmarkts“ in die Südstadt ausweichen. Ob dieser Fischmarkt, der auf Basis des städtischen Platzkonzepts veranstaltet werden darf, von der Mafia ferngesteuert wird, ist nicht bekannt.

Die CDU jedenfalls möchte, dass die Protestler von der Polizei vertrieben werden und wirft Polizeipräsident Steffenhagen und seinem Führungsstab eine lasche Haltung vor. Die Berufung auf die grundgesetzlich garantierte Versammlungsfreiheit gelte nicht, weil es keine glaubwürdige politische Demonstration sei. Da irrt die CDU aber gewaltig, richtet sich doch die Demo z.B. gegen die soziale Verelendung vieler Menschen in Griechenland aufgrund der Schuldenkrise, an der sich sicherlich diverse CDU-Parteigänger durch Spekulationsdeals bereichert haben.

Die Polizeiführung aber lässt sich das gegen sie gerichtete CDU-Rumgestänkere nicht länger bieten und konterte am 29.7. mit einer Pressemitteilung: „Thematisch geht es bei der Veranstaltung vorrangig um Aspekte im Spektrum ‚direkte Demokratie‘ und ‚soziale Gerechtigkeit‘ ... Das Grundgesetz und das Versammlungsgesetz geben kein Muster für die Form von öffentlichen Demonstrationen und Versammlungen vor. Im Gegenteil stellt die sogenannte Gestaltungsfreiheit ein tragendes Prinzip des Demonstrations- und Versammlungsrechts dar.“ Das sitzt. Soweit ist es mit der Kölner CDU gekommen, dass ihr nun ausgerechnet die Polizei das kleine 1x1 der Demokratie erklären muss. Aber die CDU irrlichert munter weiter und zitiert das grüne Kommunalwahlprogramm, wonach die Genehmigung von Veranstaltungen auf Innenstadtplätzen nach Qualitätskriterien und in beschränkter Anzahl erfolgen soll. Ja, haben die CDUler nur noch Euro-Zeichen in den Augen? Beim Platzkonzept geht's um Geld verdienen auf öffentlichen Plätzen, aber doch nicht um Versammlungsfreiheit. An der Sommerhitze kann es ja nicht liegen. Offensichtlich ist die KölschCDU am Tiefpunkt angelangt.